

Berlin, am 16.06.2023

Bundesverband Trans e.V.  
Prinzregentenstraße 84  
10717 Berlin  
Tel: 030 23 94 98 96

info@bundesverband-trans.de  
www.bundesverband-trans.de

### **„LSBTIQA\*-Personen müssen ohne Furcht vor Übergriffen leben können“ – Die ‚Innenminister:innenkonferenz‘ spricht zum polizeilichen Umgang mit LSBTIQ\*-feindlicher Hasskriminalität**

Vom 14. bis 16.06.23 findet die ‚Innenminister:innenkonferenz‘ in Berlin statt. Dort wird als Tagesordnungspunkt 33 der polizeiliche Umgang mit LSBTIQ\*-feindlicher Hasskriminalität besprochen. In diesem Zusammenhang wird auch ein Bericht einer Expert\*innengruppe diskutiert, in dem verschiedene Handlungsempfehlungen für Bund und Länder vorgestellt werden.

Der Bericht ist durch den Arbeitskreis ‚Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt‘ entstanden. An dem Arbeitskreis beteiligten sich neben dem Bundesinnenministerium auch Vertreter\*innen des Bundesfamilienministeriums, des Bundeskriminalamts, verschiedener Landesinnenministerien sowie Community-Organisationen und -Fachstellen. Die Einrichtung des Arbeitskreises ging auf einen Beschluss der Innenministerkonferenz im Dezember 2021 zurück. Inhaltlich fordert der Bericht eine Reihe von Maßnahmen in der polizeilichen Arbeit, um LSBTIQ\*-feindlicher Hasskriminalität entgegenzuwirken, darunter die Stärkung der internen Aus- und Weiterbildung, die Einrichtung von LSBTIQ\*-Ansprechstellen, Forschung zur Aufhellung des Dunkelfelds sowie die Unterstützung von Beratungsstrukturen für Personen mit Gewalterfahrung.

„Wir brauchen als Gesellschaft deutlich besseren Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität. Insbesondere mehrfachmarginalisierte Menschen in den LSBTIQA\*-Communities sind hier besonders gefährdet. Angriffe, die verstärkt auch in der Öffentlichkeit und zum Beispiel bei CSD-Veranstaltungen stattfinden, machen schmerzhaft bewusst, dass noch viel Arbeit geleistet werden muss, bis LSBTIQA\*-Personen ohne Furcht vor Übergriffen leben können. Neben Maßnahmen in der polizeilichen Arbeit ist auch eine Stärkung und Sensibilisierung der Zivilgesellschaft erforderlich. Die steigenden Fallzahlen im Bereich der Hasskriminalität sind in höchstem Maße besorgniserregend. Das große Dunkelfeld lässt darauf schließen, dass nur die wenigsten Betroffenen eine Anzeige bei der Polizei erstatten. Grund hierfür sind auch Diskriminierungs- und Gewalterfahrung durch die Polizei“, so Tuuli Reiss, Fachreferent\*in für Gesundheitspolitik und Gewaltschutz beim Bundesverband Trans\*.

Seit Jahren werden in den polizeilichen Statistiken höhere Zahlen für queerfeindliche Straftaten gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr wurden bei dem diesjährigen Bericht zur politisch motivierten Gewalt des Bundesinnenministeriums (BMI) und des Bundeskriminalamts (BKA) ein deutlicher Anstieg bei Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung (2021: 870, 2022: 1.005; Anstieg um 15,52 %) und aufgrund der geschlechtlichen Identität (2021: 340, 2022: 417, 22,65%) verzeichnet. Es wird angenommen, dass dies nicht allein auf eine Erhöhung der Anzeigebereitschaft bei queerfeindlichen Straftaten zurückgeführt werden kann. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass das Dunkelfeld in diesem Bereich bei ca. 90% liegt und viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht werden. Dies betrifft insbesondere Personen, die neben Queerfeindlichkeit weitere Formen von Benachteiligung wie Rassismus oder Stigmatisierung als Sexarbeiter\*innen erfahren.

Die ‚Innenminister:innenkonferenz‘ findet aktuell unter dem Vorsitz der Berliner Innensenatorin Iris Spanger (SPD) statt. Diese hatte sich auch in der Öffentlichkeitsarbeit zur Konferenz dafür eingesetzt, dass geschlechtliche Vielfalt stärker Berücksichtigung findet. Erstmals ist der Titel der Veranstaltung daher mit Doppelpunkt und der weiblichen Endung kommuniziert.

Daran anknüpfend erklärt Tuuli Reiss abschließend: „Es ist dringend notwendig, dass die Änderung des Konferenznamens in der öffentlichen Kommunikation nicht nur eine PR-Maßnahme ist. Ein starkes Bekenntnis zum Schutz und zur Akzeptanz von geschlechtlicher Vielfalt muss sich auch in den Entscheidungen der Konferenz widerspiegeln.“

Links:

- [Politisch motivierte Kriminalität 2022 – Bundesweite Fallzahlen](#) (Bericht von BMI & BKA)
- [Veröffentlichte Beschlüsse der ‚Innenminister:innenkonferenz‘](#) (Offizieller Webauftritt der Innenministerkonferenz)